

Eltern protestieren gegen Kürzungen von Lehrerstellen

Gymnasien verlieren Hausaufgabenbetreuung, Philologenverband fürchtet Verlust von 1080 Stellen bis 2015

Von Stefanie Järkel

STUTTGART - Der Ärger ist groß: Elternvertretungen im ganzen Land wollen heute und morgen mit Aktionen ihrem Frust Luft machen und auf die Stellenstreichungen an den Schulen hinweisen. Das Kultusministerium plant, ab Herbst die Lehrerstunden für die Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien zu streichen. Außerdem sollen an allen Schularten die Stunden der Lehrer beispielsweise für die Betreuung der Schulbibliothek, der Basketball-AG und des Computerraums gekürzt werden.

„Wir haben mit Entsetzen festgestellt, dass diese ganzen Kürzungen an den Eltern vorbei verabschiedet wurden“, sagt Rainer Bergmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternvertreter (Arge) des Regierungsbezirks Tübingen. „Da geht es ja um ganz elementare Dinge in der Schule.“

Alle vier Argen im Land haben deswegen eine Resolution zu den geplanten Kürzungen verabschiedet. „Wir fordern die Rücknahme der Entscheidung“, sagt Bergmann, der aus Haigerloch (Zollernalbkreis) stammt. Gestern haben Elternvertreter Briefe an ihre Landtagsabgeordneten geschickt. Es soll zudem Mailaktionen an das Kultusministerium geben sowie Schülerstreiche. „Wir als Eltern können die geplante Kürzung der Entlastungsstunden nicht akzeptieren“, sagt Nadja Eberth, Vorsitzende des Elternbeirates des Johann-Vanotti-Gymnasiums in Ehingen (Alb-Do-

nau-Kreis). Lothar Eibofner, Schulleiter des Rupert-Neß-Gymnasiums in Wangen (Kreis Ravensburg) sagt: „Die Hausaufgabenbetreuung ist für viele Schüler einfach förderlich. Für mich ist das Sparen an der falschen Stelle.“

Hintergrund für die Sparmaßnahmen ist das Bestreben der Landesregierung um einen ausgeglichenen Haushalt. Das Kultusministerium muss in diesem Jahr 1000 Lehrerstellen einsparen, im kommenden Schul-

jahr müssen es 1200 sein, bis 2020 insgesamt 11 600. Mit der Streichung der Lehrerstunden für die Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien sollen zum neuen Schuljahr hin 64 Lehrerstellen eingespart werden. Die Hausaufgabenbetreuung hatten die Gymnasien als einzige Schulart bei der Überarbeitung des achtjährigen Gymnasiums im Jahr 2008 erhalten. Damit sollten vor allem Schüler der fünften, sechsten und siebten Klassen unterstützt werden. Ältere

Schüler sollten den jüngeren helfen, die Lehrer das Angebot koordinieren. Doch das Ministerium ist nun der Ansicht, dass es die Organisation so nicht mehr braucht: „Zwischenzeitlich haben die Gymnasien diese besonderen Herausforderungen gemeistert, die Organisation und Koordination der Hausaufgabenbetreuung hat sich eingespielt.“ Die Aufwandsentschädigungen für die älteren Schüler würden weitergezahlt.

Weniger Stunden für AGs

Darüber hinaus erhalten Lehrer, die beispielsweise AGs anbieten, Ausgleichsstunden. Diese Stunden unterrichten sie dafür weniger. Dieses Kontingent von landesweit 1640 Stellen wird über alle Schularten hinweg um 14 Prozent oder 230 Stellen gekürzt. Laut Elternvertreter Bergmann werden manchen Schulen damit bis zu 20 Stunden gestrichen. Wer die Aufgaben stattdessen übernimmt, müssen sich die Schulen selbst überlegen.

Bernd Saur, Landesvorsitzender des Philologenverbands, sprach gestern von einer „schleichenden Erosion“ der Gymnasien. Nach seiner Berechnung fallen in den kommenden drei Jahren rund 1080 Stellen allein an den Gymnasien weg.

Der Hauptpersonalrat der Gymnasien hat nun Einspruch gegen die Kürzungen eingelegt. Am 4. Juni soll ein Richter wie bei einer Schlichtungsstelle eine Entscheidung fällen. Das Kultusministerium muss sich allerdings nicht nach dieser Entscheidung richten.

Kommentar

Von Stefanie Järkel

Geldbeutel der Eltern entscheidet

Die Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien zu streichen, ist das falsche Zeichen. Nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung besuchen zunehmend schwächere Kinder die Schulart. Diese Schüler sind angewiesen auf Unterstützung durch die Schule. In Zukunft können sich dagegen nur finanziell bessergestellte Familien eine Betreuung leisten. Die Entscheidung konterkariert die Bemühungen von Grün-Rot, dass Bildung nicht (mehr) vom Geldbeutel abhängt.

Mit den Einsparungen bei den Ausgleichsstunden geht das Mi-



nisterium dagegen einen richtigen Schritt. Besser die Betreuung der Schulbibliothek streichen, als beim Kerngeschäft, dem Unterricht. Allerdings zeigt sich hier wieder das

Problem, dass es keine Eckpunkte für eine Regionale Schulentwicklung gibt. Wenn die Kommunen endlich wüssten, welche Schulen nach Vorgabe des Landes weiter bestehen dürfen, wäre auch klar, wo Lehrer nicht mehr gebraucht werden. Dann würde deutlich, an welchen Schulen sinnvoll Stellen eingespart werden können.

✉ s.jaerkel@schwaebische.de